

## Positionspapier 2023/145

# Elektrizitätsverordnung: für eine gerechte Energiewende und das Recht auf Energie

**Die Industriebeschäftigten fordern eine tiefgreifende Strukturreform der Elektrizitätsregulierung, um eine gerechte Energiewende zu unterstützen und das Recht auf Energie zu regulierten, stabilen und erschwinglichen Preisen zu verwirklichen.**

Am 14. März 2023 hat die Europäische Kommission ihren lang erwarteten Vorschlag zur Reform der Gestaltung des Strommarktes vorgelegt. Entgegen der Ankündigung von Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union sieht der Vorschlag keine tiefgreifende Strukturreform des Strommarktes vor (und auch nicht das Infragestellen bestimmter Dogmen). Vorgesehen sind eher kosmetische Anpassungen der aktuellen Gestaltung des EU-Strommarktes. Diesen kosmetischen Anpassungen könnte nach den EU-Wahlen im Jahr 2024 eine tiefgreifendere Strukturreform folgen.

IndustriAll Europe bedauert, dass diese Verzögerung bei der Vorlage eines Vorschlag für eine tiefgreifende strukturelle Reform des EU-Regulierungsrahmen für Elektrizität Arbeitnehmer\*innen, Bürger\*innen und Industrie nicht vor den Folgen der aktuellen Energiekrise schützt.

Die Debatte über die Reform der Gestaltung des EU-Strommarktes ist komplex und findet in einer geopolitisch und wirtschaftlich volatilen Situation statt. Vor diesem Hintergrund fordern die von industriAll Europe vertretenen Industriegewerkschaften und ihre 7 Millionen Arbeitnehmer\*innen eine umsichtige, aber umfassende Antwort und Maßnahmen, die sich unmittelbar und global auf die vielfältigen Krisen auswirken, mit denen Europa heute konfrontiert ist (Klimakrise, Industrie- und Energiekrise sowie explodierende Lebenshaltungskosten, insbesondere aufgrund der hohen Energiepreise für Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen sowie der hohen Preise für kritische Rohstoffe und die ungenügende/unterbrochene Versorgung), durch einen umfassenden politischen Rahmen, der die Umsetzung des europäischen Green Deal durch einen gerechten Strukturwandel mit und für die Arbeitnehmer\*innen unterstützt.

Zu diesem Zweck muss der Vorschlag der Kommission für die Reform der Gestaltung des Strommarktes Teil eines umfassenden Industriepfades für den Grünen Deal sein und die Kohärenz mit allen relevanten Vorschlägen (wie dem Net-Zero Industry Act und dem Critical Raw Materials Act) sichergestellt werden. Unser oberstes Ziel muss es sein, durch die Dekarbonisierung von Energie und Industrie bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, starke europäische Energie-, Digital- und Industriewertschöpfungsketten in Europa zu fördern, hochwertige Arbeitsplätze in Europa zu schützen und zu schaffen sowie die störenden und verteilungsrelevanten Auswirkungen des sich wandelnden Energiesystems anzugehen.

Darüber hinaus muss der künftige EU-Rechtsrahmen auf die Erreichung der folgenden Ziele ausgerichtet sein:

- Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Unternehmen durch vorhersehbare, stabile und erschwingliche Energiekosten, die gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU und weltweit gewährleisten,
- Versorgungssicherheit und Kontinuität der Dienstleistungen in der gesamten EU,
- kontrollierte Preise,
- Sicherheit der Anlagen und Infrastrukturen,
- schrittweise Verringerung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks.
- Verwaltung durch öffentliche Dienste oder durch Unternehmen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unterliegen.
- Schaffung einer völlig unabhängigen Europäischen Energieagentur zur Koordinierung der nationalen Planungen, um die Kontinuität der Dienstleistungen auf europäischer Ebene und die koordinierte Entwicklung aller bestehenden Energieformen zu gewährleisten.

**IndustriAll Europe ist der Ansicht, dass diese Ziele nur durch eine tiefgreifende strukturelle Reform der Gestaltung des EU-Strommarkt erreicht werden können**, durch die der Strommarkt in die Lage versetzt wird, den industriellen und digitalen Wandel und den Wandel hin zu kohlenstoffarmer Energie in Europa zu unterstützen, die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, die sichere und erschwingliche Stromversorgung von Industrie und Haushalten zu gewährleisten und den Erhalt und das Schaffen hochwertiger Industriearbeitsplätze in Europa zu unterstützen.

**Die Strompreiskrise ist auch eine Krise der Stromknappheit.** Der Anteil der Elektrizität am Endenergieverbrauch der EU-Industrie beträgt 32,9 % (Eurostat, Daten für 2020) - auch wenn es Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt - und wird im Einklang mit dem Ziel der EU, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, weiter steigen. Seit mehr als einem Jahr (schon Monate vor der russischen Invasion in der Ukraine) führen die in die Höhe geschossenen Energiepreise zu einer Materialinflation. Sie üben Druck auf die Gewinnspannen der Industrie aus, was zu Produktionsstopps, Produktionsdrosselungen, Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, Produktionsverlagerungen und Schließungen von Anlagen führt, die häufig Kurzarbeit oder sogar Entlassungen und Arbeitsplatzverluste zur Folge haben. Auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise mussten beispielsweise 50 % der Zink- und Aluminiumproduktionskapazitäten in der EU stillgelegt werden. Über das Beispiel der Grundmetalle hinaus werden hohe Strompreise die Dekarbonisierung der gesamten Industrie untergraben, da Strom für den Übergangspfad des Ökosystems der energieintensiven Industrien<sup>1</sup> oder bei der Dekarbonisierung des Verkehrs eine zentrale Rolle spielt.

Außerdem haben die steigenden Energiepreise die Energiearmut verschärft, die Kaufkraft der Arbeitnehmer\*innen untergraben und die Inflationsraten in ganz Europa in die Höhe getrieben.

Diese Entwicklungen erfolgen zu einer Zeit, in der die großen Energieunternehmen parallel zur sozioökonomischen Krise einen deutlichen Anstieg ihrer Gewinnspannen und Gewinne verzeichnen.

Der jüngste Vorschlag der Kommission zur Reform der Gestaltung des Strommarktes bringt nicht die tiefgreifende Strukturreform, die von industriAll Europe gefordert wurde. Er bietet zwar mehrere Elemente zur mittelfristigen Unterstützung von Industrie und Haushalten in einem sehr volatilen Strommarkt, stellt aber keine nachhaltige Lösung für die vielfältigen Herausforderungen dar, mit denen

---

<sup>1</sup> Siehe u. a. „Masterplan für eine wettbewerbsfähige Umgestaltung der energieintensiven Industrien in der EU, der eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft bis 2050 ermöglicht“.

die EU-Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer\*innen heute konfrontiert sind. Trotz einer leichten Erholung der Strompreise auf das Niveau vor dem Frühjahr 2022 sind künftige Preisschocks vorprogrammiert (z. B. durch erhöhte Nachfrage bei extremen Temperaturen oder künftige Stromversorgungsengpässe), und eine strukturellere Reform ist dringend erforderlich. Selbst mit dem erwarteten Anstieg der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen (Photovoltaik und Wind) wird das Problem der Preiserhöhungen nicht gelöst werden, da diese Energiequellen unstetig sind, beträchtliche Investitionen in Netze und Energiespeichersysteme erforderlich sind und auf den Großhandelsmärkten Grenzpreise festgelegt werden.

Für industriAll Europe ist klar, dass die Energiepreiskrise struktureller Natur ist, die durch die russische Invasion in der Ukraine, ihre Konsequenzen und den Einsatz von Energie als Waffe noch verschärft wurde. Die heutige Ausgestaltung des Strommarktes wurde in der Vergangenheit entwickelt, als es einen Überfluss an billigen Importen fossiler Brennstoffe gab. **Die derzeitige Krise zeigt auch, dass die die Kommodifizierung des Strom den gerechten Strukturwandel hin zu einem Netto-Nullenergieverbrauch weder gewährleistet noch erleichtert hat.** Die Liberalisierung des Energiesektors hat außerdem gezeigt, dass das Marktmodell trotz aller Versprechen bis heute keine niedrigeren Preise für Haushalte und Unternehmen bringt.

Die Energiepreiskrise und die Preisschocks im Jahr 2022 haben bei vielen Gewerkschaften Besorgnis über die Mängel der aktuellen Ausgestaltung des Marktes geweckt und den Ruf nach einem Ausstieg aus dem Energiemarkt verstärkt. In diesem Zusammenhang **brauchen wir dringend eine gründliche und transparente Bewertung der derzeitigen Funktionsweise des Marktes und der verschiedenen Alternativen für eine tiefgreifende Strukturreform**, die die grundlegenden Anliegen der Industriebeschäftigten und Bürger\*innen nicht außer Acht lässt.

Unserer Ansicht nach muss eine Strukturreform weg von der Marktpreisbildung führen und stattdessen eine regulierte Preisbildung (und nicht nur Preisobergrenzen) einführen, auch für Rohstoffe wie Öl und Gas (für die es in Europa immer noch zu wenig Speicherkapazitäten gibt) und für Strom (sehr lange Investitionszyklen für steuerbare Energie).

Um eine weitere Deindustrialisierung Europas zu verhindern und stattdessen die langfristigen Herausforderungen anzugehen, **fordert industriAll Europe eine langfristiger ausgerichtete, umfassende Strukturreform, die die europäische Energiepolitik modernisiert** und für den Übergang Europas zu einer Netto-Nullenergieversorgung fit macht. Darüber hinaus fordern wir schärfere Vorschläge, die dem Leistungsbedarf, mit dem der Strom- und Energiemarkt kämpft, entsprechen, wenn es um den Mangel an Stromversorgung und die Lösung der klimapolitischen Herausforderungen geht, mit denen wir konfrontiert sind.

Die Verwirklichung des Grünen Deals erfordert eine massive Elektrifizierung der Produktionsprozesse und des Verkehrs sowie einen Anstieg der kohlenstoffarmen Stromerzeugung. In diesem Zusammenhang ist es unhaltbar, ein System beizubehalten, in dem fossile Brennstoffe den Strompreis bestimmen. Wir fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gründliche, transparente Bewertung vorzunehmen, wie die Gestaltung des Strommarktes für eine Netto-Null-Wirtschaft aussehen sollte, und eine langfristig orientierte, tiefgreifende Strukturreform vorzuschlagen.

Im Wesentlichen muss die Reform des Strommarks die Marktkräfte mit der öffentlichen Steuerung zur Unterstützung von Investitionen in kohlenstoffarme Energie und Industrie, sicheren und beständigen Qualitätsarbeitsplätzen und mit erschwinglichen Strompreisen, die die tatsächlichen Produktionskosten widerspiegeln, in Einklang bringen. Auch wenn die Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ist (was die Stromerzeugung und die Auswirkungen der Energiepreiskrise angeht), muss

die Reform des Strommarktes auf einer starken Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, dem Streben nach einer viel stärkeren Koordinierung der Energiepolitik in Europa und dem Grundsatz beruhen, dass Energie ein Grundrecht und eine Grunddienstleistung für die europäischen Bürger\*innen ist.

### **Grundprinzipien für die künftige Gestaltung des EU-Strommarktes**

In enger Abstimmung und Diskussion mit Vertreter\*innen der 200 Mitgliedsgewerkschaften legt industriAll Europe die grundlegenden Prinzipien dar, die die Reform der Ausgestaltung des EU-Strommarktes leiten sollten.

Grundsätzlich muss eine tiefgreifende Strukturreform der derzeitigen Ausgestaltung des Strommarktes die folgenden Fragen angehen:

**Wie muss der Strommarkt ausgestaltet sein, um im Hinblick auf den Übergang zu einem Netto-Null-Emissionsniveau bis 2050 die Versorgung der Industrie, Kommunen und Haushalte mit reichlich kohlenstoffarmem Strom zu stabilen, vorhersehbaren und erschwinglichen Preisen sicherzustellen? Ist der Markt das beste Mittel, um die Bedürfnisse und Erwartungen der Unternehmen und der Bürger\*innen zu erfüllen?**

Ausgehend von diesen grundlegenden Fragen, fordert industriAll Europe:

- 1. Einen reformierten Rechtsrahmen für Elektrizität auf der Grundlage der Verteidigung von Energie als ein Recht und öffentliches Gut zur Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie der langfristigen Umweltziele**

Elektrizität muss als wesentliches Recht und öffentliches Gut betrachtet und behandelt werden (wie in der Europäischen Säule sozialer Rechte verankert). Elektrizität muss ein Grundrecht für alle Bürger\*innen sein und der Zugang muss garantiert werden. Mit der Reform sollte in der Elektrizitätsrichtlinie ein Recht der privaten Kund\*innen auf ein garantiertes Versorgungsangebot eingeführt werden, das sie vor Strompreisschwankungen und Energieknappheit schützt und den Grundbedarf deckt.

IndustriAll Europe begrüßt die in Artikel 28a der Richtlinie vorgeschlagene neue Bestimmung, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass schutzbedürftige Kund\*innen vor Stromabschaltungen geschützt werden, als positiven Schritt in diese Richtung. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass dies auch für die Gasversorgung gelten sollte.

Wir begrüßen außerdem die neuen Bestimmungen im jüngsten Vorschlag der Kommission, die es den Mitgliedstaaten erlauben, in die Preisgestaltung einzugreifen, um Haushalte im Falle einer regionalen oder unionsweiten Strompreiskrise zu unterstützen.

Wir erkennen zwar die neue Bestimmung an, wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, einen Versorger letzter Instanz zu benennen, doch in Wirklichkeit schützt diese Bestimmung die Privatkund\*innen nicht vor übermäßig hohen Strompreisen auf dem Einzelhandelsmarkt, wenn die Kund\*innen Opfer von Spekulationen sind und es keine Obergrenze für die Einzelhandelspreise gibt.

Um Fortschritte beim sozialen Zusammenhalt zu erreichen, fordern wir stattdessen ein Endkundenpreissystem, das den Grundbedarf der Verbraucher\*innen und Unternehmen (insbesondere KMU) zu regulierten, stabilen und erschwinglichen Preisen gewährleistet und gleichzeitig Anreize für private Investitionen und entscheidende Energieeinsparungen im Einklang mit unseren Dekarbonisierungszielen bietet.

Wir fordern darüber hinaus eine starke öffentliche Unterstützung für die Bürger\*innen bei der Einführung von Energieeffizienzlösungen in Gebäuden und Haushalten, die sowohl zu Energieeinsparungen beitragen als auch die Energierechnungen auf ein Minimum reduzieren.

IndustriAll Europe bedauert, dass der Vorschlag der Kommission eine Antwort auf die lautstarken Forderungen von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen ist, während er die Stimmen von Arbeitnehmer\*innen und Bürger\*innen nicht ausreichend einbezieht. So wird leider die Gelegenheit versäumt, eine Reform des Strommarktes durchzuführen, die ihn sozial und gerecht macht.

## **2. Einen reformierten Rechtsrahmen für Elektrizität, der die Versorgung mit reichlich Strom zu vorhersehbaren, erschwinglichen und stabilen Preisen für Industrie, Kommunen und Haushalte gewährleistet**

Wir sind der Meinung, dass die jüngsten Vorschläge der Kommission zur Reform der Gestaltung des Strommarktes nicht ausreichen, um die langfristigen Herausforderungen einer gerechten Energiewende zu bewältigen. Die derzeitige Mäßigung der Strompreise darf nicht als Grund dafür genommen werden, die angekündigte tiefgreifende Reform aufzugeben. Wir müssen künftige Preisschocks antizipieren und angehen. Dies kann nur durch eine tiefgreifende Strukturreform geschehen, die auf einer ständigen, transparenten und neutralen Bewertung der Liberalisierung der Energiemärkte und einer gründlichen Folgenabschätzung der Alternativen zum derzeitigen Strommarktdesign beruht.

Der Zugang zu einem reichlichen, zuverlässigen, sicheren und stabilen Angebot kohlenstoffarmer Energie ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Die jüngsten Energiepreisschocks haben sich auf die europäischen Hersteller ausgewirkt. Wir begrüßen die neuen Bestimmungen, die den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, im Falle einer regionalen oder unionsweiten Strompreiskrise gezielte staatliche Eingriffe in die Preisgestaltung für die Stromversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) vorzunehmen. Dies ist ein notwendiger Schritt, um KMU bei Preisschocks zu unterstützen.

Im Grunde müssen wir einen Markt überarbeiten, der in einer Ära der Importe günstiger fossiler Energie entwickelt wurde. Da immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien in das System integriert wird, ist der auf dem Merit-Order-System basierende Preisbildungsmechanismus auf den Spot-Großhandelsmärkten überholt, da die Großhandelspreise nicht die tatsächlichen Produktionskosten von Strom widerspiegeln. Daher fordert industriAll eine Entkopplung der Gaspreise von der Festlegung der Stromgroßhandelspreise. Die Großhandelspreise für Strom müssen die realen Produktionskosten von Strom widerspiegeln.

Außerdem müssen wir verhindern, dass die dringend notwendige Integration volatiler und intermittierender Energieressourcen sowie die Energiespeicherung zu einem Preisanstieg führen. Die Strompreise müssen für die europäischen Bürger\*innen erschwinglich sein und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gewährleisten, während gleichzeitig nachhaltige Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Angesichts der derzeitigen Volatilität der Strompreise wird jede Stilllegung von steuerbaren Stromerzeugungskapazitäten die Sicherheit und Stabilität dieser Versorgung beeinträchtigen. In der Übergangszeit, bis genügend kohlenstoffarme und auch steuerbare Stromerzeugungskapazitäten und -infrastrukturen installiert sind, sollten wir davon absehen, bestehende steuerbare Stromerzeugungskapazitäten stillzulegen, ohne dass eine wirtschaftliche Planung und alternative Erzeugungsprojekte vorliegen, bei gleichzeitigem Gewährleisten der Anlagensicherheit und dem Vermeiden eines Festhaltens an der fossilen Energieerzeugung.

### **3. Langfristige Verträge müssen die dringend benötigten Investitionen in eine kohlenstoffarme Strominfrastruktur unterstützen**

IndustriAll Europe begrüßt die stärkere Unterstützung langfristiger Marktmechanismen im jüngsten Vorschlag der Kommission. Auch wenn sie für eine tiefgreifende Reform nicht ausreichend sind, stellen sie für die Verbraucher\*innen ein wichtiges Instrument zur Preisabsicherung dar und unterstützen somit vorhersehbare und stabile Strompreise. Die Förderung langfristiger Märkte und die Möglichkeit, Contracts for Difference (CfD) und Power Purchase Agreements (PPA) zu kombinieren, ist ein positives Signal für die Industrie im Hinblick auf Investitionsentscheidungen. Langfristige Preismechanismen werden auch die dringend benötigten Investitionen in eine kohlenstoffarme Stromerzeugung sowie in Flexibilitätsquellen, d. h. in die Netz-, Verbindungs- und Speicherinfrastruktur, unterstützen.

Wir begrüßen insbesondere die stärkere Förderung von staatlich unterstützten zweiseitigen Differenzverträgen, da sie Investitionen in kohlenstoffarme Energietechnologien im Einklang mit dem Grundsatz der Technologieneutralität unterstützen, während sie Preisschwankungen entgegenwirken. Gleichzeitig sollte die Förderung von CfD die Nutzung von PPA nicht behindern oder bestehende PPA beeinträchtigen.

CfD dienen umso mehr dem Allgemeininteresse, wenn sie für die Mitgliedstaaten, die dies wünschen, unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips von einer öffentlichen Einrichtung verwaltet werden, die bei Bedarf die Aufgaben eines zentralen Einkäufers übernehmen kann.

IndustriAll Europe ist der Ansicht, dass alle erneuerbaren Technologien in Bezug auf Anreize und Förderprogramme gleich behandelt werden sollten. Folglich ist es wichtig, flexible Wasserkraft sowie Wasserstoff als Flexibilitätsquelle im Elektrizitätssystem in die Liste der Technologien aufzunehmen, die durch CfD unterstützt werden können, in Anbetracht der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten zur Erzeugung des notwendigen Grundlaststroms, um die fluktuierende Stromerzeugung auszugleichen und die Stromnachfrage zu decken. Gleichzeitig sollten CfD für Investitionen in Inframarginaltechnologien fakultativ sein, um Investitionen nicht zu behindern oder hohe Preise festzulegen.

Die Bestimmungen, die es den nationalen Regierungen ermöglichen, CfD und PPA zu gestalten, sind zwar notwendig, bergen aber auch Risiken, da sie - im derzeitigen Kontext - vergleichsweise hohe Preise festschreiben und zu einem Flickenteppich von Vertragssystemen innerhalb der EU führen könnten (die im Wesentlichen von den nationalen Kapazitäten zur Unterstützung der Unternehmen durch staatliche Beihilfen abhängen). Nichtsdestotrotz sollte im Hinblick auf die Energiepreise die Macht des gemeinsamen europäischen Marktes genutzt und ein gemeinsamer Einkauf (insbesondere von Wasserstoff und Gas) etabliert bzw. ausgebaut werden (über die Gasspeicherung hinaus).

Ein großer Schritt auf dem Weg zu einem gerechten Strukturwandel durch Marktreformen ist eine starke soziale Konditionierung: Unternehmen, die öffentliche Gelder über CfD oder andere Instrumente erhalten, müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Die staatliche Unterstützung sollte nicht bedingungslos gewährt werden. Daher müssen CfD mit sozialen Garantien einhergehen, d. h. die Unternehmen müssen sich verpflichten, Industriestandorte und entsprechende Arbeitsplätze zu sichern, einen wirksamen sozialen Dialog und Tarifverhandlungen mit ihren Beschäftigten und den Gewerkschaften zu führen sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie in die Um- und Höherqualifizierung der Beschäftigten zu investieren. Durch diese Bedingungen kann ein reformierter Elektrizitätsmarkt auch eine Verbesserung der Qualifikationen sicherstellen, wobei die von industriAll Europe vertretenen Industriegewerkschaften und ihre 7 Millionen Arbeitnehmer\*innen die Möglichkeit der Höher- und Umschulung in allen Industriesektoren erhalten.

#### **4. Einen reformierten Rechtsrahmen für Elektrizität, der auf Solidarität innerhalb der EU beruht**

Im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und der Verwirklichung der Europäischen Energieunion legen die Staaten ihren Energiemix souverän und im Einklang mit den Dekarbonisierungszielen und ihren Bedürfnissen fest (Artikel 194 AEUV). Die übermäßige Abhängigkeit von Energieimporten hat Europa der Preisvolatilität auf den globalen Märkten ausgesetzt. Daher muss die Reform die Autarkie der Energieversorgung der EU erleichtern und fördern.

Auf der Grundlage einer Bewertung des bestehenden Governance-Systems des Strommarktes sowie des Subsidiaritätsprinzips unterstützen wir die Schaffung einer völlig unabhängigen EU-Energieagentur, die für das kohärente Management der Energiemärkte, die langfristige Planung von Erzeugung und Netzen und die Förderung eines gemeinsamen, langfristigen Energieeinkaufs zuständig ist.

IndustriAll Europe begrüßt die weitere Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Verbundnetze in Europa, wobei eine Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Ländern zu vermeiden ist und die Länder bei der Deckung ihres jeweiligen Energiebedarfs unterstützt werden sollen. Der Vorschlag für regionale virtuelle Knotenpunkte (Hubs) ist ein vielversprechender Ansatz. Sie sollten jedoch in ihrer Gestaltung einer regelmäßigen europäischen oder nationalen staatlichen Kontrolle unterliegen.

Der Import von Strom aus erneuerbaren Energiequellen (die von Natur aus intermittierend sind) über Verbindungsleitungen darf nicht zu Schwierigkeiten für steuerbare dekarbonisierte Stromanlagen führen. Eine Europäische Energieagentur (wie oben vorgeschlagen) sollte auch für die Schlichtung des Austauschs über die Verbindungsleitungen zuständig sein. Darüber hinaus muss jeder Mitgliedstaat in der Lage sein, einen Großteil seiner Verbrauchsspitzen durch eigene technologische Kapazitäten zu decken, einschließlich dekarbonisierter, steuerbarer Stromerzeugungsanlagen, Speicher, Demand-Response- und Kapazitätsmechanismen.

Während Solidarität durch eine viel stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Verbundnetze für die künftige Gestaltung des Strommarktes von entscheidender Bedeutung sind, besteht auch die Gefahr eines moralischen Risikos, wenn die Mitgliedstaaten keine ausreichende eigene Strom- und Energieerzeugung im Land haben und sich darauf verlassen, dass andere Länder die Verantwortung übernehmen. Daher tragen die EU-Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Deckung ihres eigenen Energiebedarfs, indem sie den Ausbau der kohlenstoffarmen Stromerzeugung unterstützen und die Abschaltung wichtiger Produktionskapazitäten im derzeitigen Kontext vermeiden. Ist dies nicht der Fall, besteht ein hohes Risiko des Mangels an Strom- und Energiekapazitäten in der EU.

Auch wenn die 2019 verabschiedete Strommarktverordnung die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zur vorrangigen Einspeisung erneuerbarer Energien aus neuen Anlagen auf kleine Anlagen (mit einer Kapazität < 400 kW) und auf innovative Projekte reduziert<sup>2</sup>, sollte die Reform sicherstellen, dass in der Realität alle Arten der kohlenstoffarmen Stromerzeugung hinsichtlich des Netzzugangs und der Dienstleistungsverpflichtungen gleichgestellt sind. IndustriAll Europe betont insbesondere, dass sichergestellt werden muss, dass das Vordringen intermittierender Stromerzeugungsquellen nicht die wirtschaftliche Tragfähigkeit steuerbarer kohlenstoffarmer Stromerzeugungsanlagen untergräbt, die für das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage sowie für das Erreichen des Klimaneutralitätsziels für 2050 von entscheidender Bedeutung sind.

---

<sup>2</sup> Siehe Art. 12, §1 and 2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R0943&from=EN>

## 5. Einen reformierten Rechtsrahmen für Elektrizität mit starken Schutzmaßnahmen gegen Spekulationen und ungerechtfertigte Profitmacherei

IndustriAll würde ein dauerhaftes und progressives System der Besteuerung von Zufallsgewinnen zur Unterstützung der Bereitstellung von erschwinglichem Strom für industrielle und private Verbraucher\*innen begrüßen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass eine Verringerung der Einnahmen in Spitzenzeiten die Fähigkeit beeinträchtigt, die Rentabilität neuer Investitionen in kohlenstoffarme Anlagen und flexible Kapazitäten abzuschätzen. Daher müssen Steuern auf Zufallsgewinne ausgewogen sein und so gestaltet werden, dass sie verhindern, dass die Verbraucher\*innen in Zeiten von Energiepreisschocks übermäßig hohe Preise zahlen, während sie außerdem die notwendigen Investitionen in die dringend benötigte Energieinfrastruktur nicht behindern sollten.

Die Reform des Rechtsrahmens für Elektrizität muss in angemessener Weise auf Spekulationen eingehen und diese beseitigen, im Einklang mit dem Grundsatz, dass Elektrizität ein wesentliches Gut und ein Grundrecht für die EU-Bürger\*innen ist. IndustriAll Europe besteht auf der Notwendigkeit einer Bewertung des bestehenden Governance-Systems für den Strommarkt. Wir fordern die Einrichtung einer vollkommen unabhängigen EU-Energieagentur, die die Verantwortung für die wirksame Überwachung und Untersuchung von spekulativem Verhalten auf den Märkten übernimmt.

Abschließend ist festzuhalten, dass industriAll Europe zwar einige Bestimmungen im jüngsten Kommissionsvorschlag begrüßt, die die Industrie und die Haushalte vor dem Hintergrund eines mittelfristig sehr volatilen Strommarktes unterstützen, aber wir glauben, dass der Vorschlag nicht geeignet ist, unser Energiesystem zu transformieren. IndustriAll Europe fordert die EU-Institutionen auf, eine gründliche Bewertung der Optionen für eine tiefgreifende, strukturelle Reform des Strommarktes vorzunehmen, die die EU-Wirtschaft dabei unterstützt, den Netto-Null-Übergang zu erreichen, reichlich kohlenstoffarmen Strom zu stabilen, vorhersehbaren und erschwinglichen Preisen bereitzustellen, den Trend der Deindustrialisierung zu stoppen und umzukehren und gleichzeitig hochwertige industrielle Arbeitsplätze in Europa zu erhalten. Durch soziale Konditionalität als Gegenleistung für öffentliche Gelder könnten erhebliche Fortschritte erzielt werden.- Die Zukunft des EU-Elektrizitätsmarktes muss im Rahmen der umfassenderen EU-Strategie zur Unterstützung eines gerechten Übergangs für alle, zur Förderung des Zusammenhalts in Europa und zur Beseitigung der Energiearmut betrachtet werden.

### Hintergrunddokumente

Weitere Informationen/Referenzmaterialien finden Sie in den vom Exekutivausschuss von industriAll Europe verabschiedeten Positionspapieren:

- Erklärung: Europa muss jetzt handeln – Einen Rahmen für die europäische industrielle Solidarität zur Bewältigung der Energiekrise schaffen – verabschiedet im Dezember 2022 – [EN DE FR](#)
- Positionspapier: Die Energiepreiskrise und ihre Folgen für Haushalte, Industrien und Arbeitsplätze – verabschiedet im Mai 2022 – [DE EN FR](#)
- IndustriAll Europe Policy Brief: Die Energiepreiskrise und die Antworten der EU – [DE EN FR](#)